

## **Anhang zum Protokoll des bundesweiten Treffens des ABSP am 21. August 2010 in Halle (Saale)**

### **Zu Top 2, Input zum Stand der Krise (inhaltlich fast vollständig wiedergegeben)**

Die Presse bezeichnet den aktuell in Deutschland zu verzeichnenden Konjunkturaufschwung als "Wirtschaftswunder" (z.B. FAZ). Mit diesem Begriff will man offensichtlich Erinnerungen an 1950 wecken: Es gehe nun wie damals mindestens 40 Jahre lang wieder aufwärts. Diese Sicht der Dinge liegt wahrscheinlich vollkommen falsch. Es gibt keine Ähnlichkeiten mit dem historischen "Wirtschaftswunder": Die Bevölkerung profitiert nicht davon, sondern diese Situation ist allein dem Export geschuldet. Der Einzelhandel ist im Vergleich zum Vorjahr zurück gegangen. Von Aufschwung kann man grundsätzlich nur sprechen, wenn der Höhepunkt des letzten Konjunkturzyklus überschritten ist (der letzte endete mit der Krise 2008). Die derzeitige Konjunktur in Deutschland ist allein der Nachfrage an Autos aus deutscher Produktion, vor allem durch Käufer aus China und den USA geschuldet. Diese Märkte können schnell wegbrechen: In China ist Nachfrage durch billige Bankkredite unterstützt, in den USA durch riesige Konjunkturpakete. In den USA sinken schon wieder die Häuserpreise. Von der letzten Wirtschaftskrise war China weitgehend nicht betroffen. Platzen der Spekulationsblase in China müsste man wohl als "Urknall" bezeichnen. Experten sprechen nicht von wirtschaftlicher Erholung, sondern verwenden eher den Begriff des "Double-Dip": Kurzes Bremsen des Falls, dann wieder beschleunigtes Zusammenbrechen der Wirtschaft. wichtigstes Zeichen für Wirtschaftskrise: Das Zinsniveau ist in Europa und auch weltweit weiterhin niedrig!

Steuerpolitik: Zwar versucht die FDP von Steuersenkungen zu sprechen, aber aus der CDU wird sogar formuliert: "Steuer-Nicht-Erhöhung" nicht haltbar. Welche Steuern erhöht werden sollen, sagen solche CDU-Vertreter allerdings nicht. In diesem Zusammenhang Hinweis auf den vorliegenden "Göttinger Appell zu den Kommunal финанzen", für Spitzensteuersatz 56 %, Körperschaftsteuer 56 % usw.

Dass die deutsche Wirtschaft einen gewissen Konjunkturaufschwung verzeichnen kann, ist einerseits der Handlungsfähigkeit durch die großen Investitionen in Kurzarbeit und durch die aggressive Dumpinglohnkonkurrenz geschuldet, die mit Schuld ist am Bankrott anderer europäischer Staaten. In diesem Zusammenhang Hinweis auf das vorliegende Schreiben des Kampagnenrats 500 Euro Eckregelsatz an die deutschen Gewerkschaftsvorstände, in welchem die Argumentation für einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro in Deutschland geführt wird (<http://www.500-euro-eckregelsatz.de/10-2010061092.html>). Durch die massiven Kürzungen in Griechenland bei Rente und öffentlichem Dienst sind die Einkommen dort eingebrochen und es gibt als Folge dessen schon vermehrte Unternehmenspleiten in Griechenland.

Es entstehen also in Südeuropa Billiglohnländer, wie man sie vorher nur in außereuropäischen Ländern kannte.

Plädoyer: Nicht etwa verzichten (Aufrufe in den Medien lauten: "Jetzt auf keinen Fall die Konjunktur mit Lohnforderungen abwürgen!"), sondern der beschriebenen Entwicklung gegensteuern durch den Kampf für 10 Euro Mindestlohn in Deutschland. Außerdem durch die Organisierung von europäischer Solidarität, z.B. an dem besonderen Aktionstag des 29.9., an welchem in einigen Ländern Südeuropas Generalstreiks geplant sind, aber überhaupt entsprechend dem Aufruf des Europäischen Gewerkschaftsbundes in allen europäischen Ländern, auch in Deutschland, gewerkschaftliche Aktivitäten stattfinden sollen.